

Tages Anzeiger

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Mittwoch
28. September 2016

124. Jahrgang Nr. 226
Fr. 3.80, Ausland: € 3.50 / AZ 8021 Zürich



Hugh Grant
Warum es riskant ist, ein Drehbuch zu schreiben.
29

Grosser Absturz
Die lange Reise der Raumsonde Rosetta endet.
40

Hightech-Waage
Sich smart wägen, Gewicht verlieren und fit werden.
33

FC Basel
Bei Arsenal geht es wieder gegen die Logik des Geldes.
28

Rentenreform der FDP kommt Junge teuer zu stehen

Das Bundesamt für Sozialversicherungen warnt: Der neue, alternative Vorschlag zur Altersvorsorge kostet rekordhohe 4,5 Milliarden Franken.

Fabian Renz
Bern

Heute oder morgen wird der Nationalrat entscheiden, ob er bei der Reform der Altersvorsorge einen «dritten Weg» einschlagen will: So betiteln die FDP und die Grünliberalen ihr Modell für die Sanierung von AHV und Pensionskassen, das sie dieser Tage lancierten. Ihr Hauptziel ist es, eine Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken zu verhindern. Der Ständerat hatte diesen Zuschlag beschlossen, weil künftige Pensionierte mit einer tieferen Rente aus ihrer zweiten Säule rechnen müssen. FDP und Grünliberale beantragen nun, den Verlust auf andere Weise auszugleichen. Sie wollen die Altersguthaben der Versicherten mit technischen Korrekturen so stark auf-

AHV-Reform

Das sind die 5 Fragen, die die grosse Kammer diese Woche noch klärt. – Seite 6

tagesanzeiger.ch: So geht es heute weiter in der Debatte um die Altersvorsorge

stocken, dass die Renten trotz eines reduzierten Berechnungssatzes unter dem Strich nicht sinken.

Welche Folgen jedoch hätte der Vorschlag für die Angestellten und Firmen, die jeden Monat auf ihren Löhnen Beiträge an die Altersvorsorge entrichten müssen? Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat auf Anfrage des «Tages-Anzeigers» hierzu erstmals konkrete Zahlen errechnet. Und kommt zu einem vernichtenden Fazit: Der «dritte Weg» schließe im Endeffekt mit fast 4,5 Milliarden Franken jährlich zu Buche – womit er rund 1,5 Milliarden mehr kosten würde als die Modelle des Ständerats (voraussichtlich 2,9 Milliarden) und des Bundesrats (3,2 Milliarden).

Besonders hart würde es die Jungen treffen. «Ein 34-Jähriger mit 70 000 Franken Jahreseinkommen muss heute einen Beitrag von knapp 4500 Franken

leisten. Mit dem Vorschlag der FDP und der GLP wären es neu 6000 Franken», sagt BSV-Direktor Jürg Brechbühl. «Bei unserem eigenen Reformvorschlag käme man nur auf 164 Franken mehr als unter der aktuellen Regelung – beim Modell des Ständerats auf 228 Franken, die sich auf AHV und berufliche Vorsorge verteilen.» Dass FDP und Grünliberale eine Mehrbelastung von 1500 Franken auslösen, hängt mit den Parametern zusammen, an denen sie schrauben. Unter anderem wollen sie den Lohn neu vollständig statt nur teilweise versichern. Das will auch der Bundesrat – doch während er bei den 25- bis 34-Jährigen einen Beitragssatz von 5 Prozent vorsieht, sind es im FDP-GLP-Konstrukt 9 Prozent.

Laut Brechbühl haben die Initianten des «dritten Wegs» die Beitragssätze für die Jungen ungenügend in ihre Berechnungen einbezogen. Dies erkläre, weshalb die FDP am Sonntag eine für sie viel vorteilhaftere Kalkulation verbreitet habe. Die Partei pries das Modell, dessen Kosten sie auf 3 Milliarden Franken veranschlagte, als das günstigste von allen.

Egerszegi Lobbying

Die neuen Zahlen des BSV könnten den erhofften Befreiungsschlag der Freisinnigen und Grünliberalen vereiteln. Ihr Modell steht bereits von anderer Seite unter Druck: Der FDP-geführte Gewerbeverband warb am Montag in einem Positionspapier bei den Parlamentariern «eindringlich» für eine Ablehnung des Vorschlags. Die Gewerbler sehen Arbeitsplätze gefährdet.

Freilich verfügen die Gegner der AHV-Aufstockung derzeit über kein anderes konzises Konzept für die Reform der Altersvorsorge. Die freisinnige Alt-Ständerätin Christine Egerszegi wehelt im Bundeshaus noch immer für einen Erfolg des ständerätlichen Mitte-links-Kompromisses, an dem sie führend mitbeteiligt war. Im Interview nimmt die Aargauerin auch ihre Parteikollegen in die Pflicht.

Hillary Clinton klingt schon wie eine Präsidentin



Hillary Clinton dominierte: Die Übertragung der Debatte im Mediencenter. Foto: John Locher (Keystone)

In zwei Wochen ist Rückspiel, und Donald Trump muss bei diesem zweiten TV-Duell ein 0:1 wettmachen. Hillary Clinton ging bei der ersten Debatte vor 100 Millionen amerikanischen TV-Zu-

schauern als klare Siegerin hervor. Das ergaben erste Umfragen, und das bestätigten auch Kommunikationsprofis: Trump sei fleghaft und unhöflich gewesen, Clinton habe wie eine Präsiden-

tin geklungen. Klar wurde auch: Ein Präsident Trump würde den Zusammenhalt im Westen schwächen, Clinton ist sich der Verantwortung der USA bewusst. *Analyse und Berichte Seite 2, 3*

Service

Börse	10	Fernsehprogramme	34
Leserbriefe	15	Rätsel	38
Todesanzeigen	25	Wetter	39
Veranstaltungen	32		

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate 044 248 40 30

E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch

Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch



Kommentare & Analysen

«Es scheint, nicht der Zürcher Stadtrat habe die Finanzen im Griff, sondern sie ihn.»

Jürg Rohrer über das Defizit im Budget der Stadt. – Seite 21

Politik und Digitalisierung: Drei Nerds im Parlament diskutieren die Herausforderung. – Seite 8

Sollen wir Ausserirdischen Signale senden? Diese Frage hat sich längst erledigt. – Seite 13

Nationalrat kippt: Ja zum Burkaverbot

Der Nationalrat hat ganz knapp eine parlamentarische Initiative befürwortet, die das Verhüllen des Gesichts per Verfassung verbieten will. Zustande gekommen ist das Ja dank Stimmen aus CVP und FDP. Nun entscheidet der Ständerat. Parallel sammelt ein Komitee Unterschriften für eine Volksinitiative, die ebenfalls ein Verhüllungsverbot fordert. Stimmt das Parlament einem Verbot auf Gesetzesstufe zu, wäre er gesprächsbereit, sagt SVP-Nationalrat Walter Wobmann, Urheber beider Initiativen. Ein solcher Gegenvorschlag wird wohl möglich sein. Die Präsidenten von CVP und FDP sprechen sich dafür aus. (bl) *Kommentar und Bericht Seite 5*

Bund will Südstarts und längere Pisten

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt hat gestern die Vorgaben präsentiert, nach denen künftig am Flughafen Zürich geflogen werden soll. Die wichtigsten Änderungen: Zum einen starten in Zukunft bei Bise oder Nebel alle Flugzeuge in Richtung Süden. Gut zwei Drittel werden bis in die Region Greifensee geradeaus fliegen, knapp ein Drittel wird kurz nach dem Start nach Westen abdrehen. Zum anderen sollen die Pisten 28 und 32 verlängert werden. Das ermöglicht beim abendlichen Ostanflug einen stabileren Betrieb. Die Pläne des Bundes sorgen für harsche Kritik bei Lärmbetroffenen, aber auch beim Flughafen. (leu) *Kommentar und Berichte Seite 17*

Lange Arbeitszeiten verursachen Stress

Die erste Auswertung einer unveröffentlichten Seco-Studie zeigt, dass 43 Prozent aller befragten 400 Unternehmen «belastende Arbeitszeiten» als besondere Ursache für Stress nennen. Die Studie sei «ein Element des bis 2018 laufenden Vollzugs-schwerpunktes psychosoziale Risiken», sagt das Seco, sie solle «im Sinne einer Evaluation dessen Effekte aufzeigen». Das Papier enthalte «nur erste grobe Auswertungen». Für die Lausanner Uni-professorin für Arbeitsmedizin, Brigitta Danuser, ist der Wert alarmierend: «43 Prozent, das ist unglaublich viel.» Sie kritisiert einen Vorstoss im Ständerat zur Änderung des Arbeitsgesetzes als «mensenverachtend». (val) – Seite 7